
Uniti fordert Verzicht auf Verbrennerverbot

Laut einer aktuellen Umfrage unter EU-Bürgern gilt ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor quer durch alle politischen Lager als die unpopulärste klimapolitische Maßnahme. „Das pauschale Verbrenner-Aus in der EU muss daher vom Tisch genommen werden, soll die Akzeptanz für Klimaschutz in der Bevölkerung nicht nachhaltig Schaden nehmen“, mahnt der Bundesverband Energie Mittelstand Uniti.

Forscher der Universität Oxford, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Hertie School Berlin haben 15.000 Bürger in Deutschland, Polen und Frankreich aus allen politischen Lagern zu ihren Präferenzen bezüglich klimapolitischer Maßnahmen befragt. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich zwar eine ambitioniertere Klimapolitik, aber unter den 40 zur Auswahl stehenden Einzelmaßnahmen bilde quer über Ländergrenzen und politischen Lager ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor die unpopulärste Maßnahme, heißt es in einer Pressemitteilung. Fast ebenso unbeliebt ist eine Straßenmaut für Verbrennerfahrzeuge. Besonders populär bei den Wählern sind dagegen Maßnahmen wie die klimafreundliche Beheizung öffentlicher Gebäude sowie Investitionen in den öffentlichen Verkehr.

„Die Menschen in Europa wünschen sich mehr Klimaschutz und sie bevorzugen weiterhin Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, was sich hierzulande auch in einer großen Kaufzurückhaltung bei E-Autos widerspiegelt“, meint Uniti-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn auch mit Blick auf die bevorstehende Europa-Wahl. Da für eine erfolgreiche Klimapolitik auch die Akzeptanz in der Bevölkerung wichtig sei, sollte aus Sicht von Uniti das pauschale Zulassungsverbot für Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor vom Tisch genommen werden, „zumal mit regenerativen Kraftstoffen eine Klimaschutzlösung für diese Antriebe möglich ist“. Der Klimaschutzbeitrag dieser Kraftstoffe müsse anerkannt und rechtsverbindlich in der Neufahrzeugregulierung für Pkw und Lkw festgeschrieben werden, so Kühn.

Verbrennungsmotoren könnten mit erneuerbaren Kraftstoffen wie grünstrombasierten e-Fuels oder biogenem HVO klimaschonend betrieben werden. Für den Hochlauf dieser Kraftstoffe bedürfe es allerdings ambitionierter regulatorischer Rahmenbedingungen, um dafür notwendige Investitionen anzureizen. Dazu gehört vor allem, dass die Anwendungstechnologie nicht pauschal verboten wird.

„Erneuerbare Kraftstoffe machen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor aus ökologischer Sicht nicht nur unnötig, sondern sie ermöglichen es den Autofahrern vielmehr, damit einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Nicht der Verbrennungsmotor selbst hat ein Klimaproblem, sondern fossile Kraftstoffe, die deshalb perspektivisch durch erneuerbare ersetzt werden müssen“, unterstreicht der Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen. (aum)

Bilder zum Artikel



Unter dem Slogan „e-Fuels for Future“ testen Uniti, ADAC und ZDK einen VW Golf, der mit CO2-neutralen synthetischen Kraftstoffen fährt.

Foto: Autoren-Union Mobilität/FabuCar
